

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 874

Montag, 14. Dezember.

1891

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)
139. Sitzung vom 12. Dezember, 11 Uhr.

Die erste Beratung der Handelsverträge wird fortgesetzt.

Abg. Singer (Soz.): Meine Partei hat von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß Tarifverträge einem autonomen Tarifvorzuge zuzurechnen sind. Mit den vorliegenden Verträgen ist zum Wohle des Landes der erste Schritt gemacht zur Aufhebung des Kampfs- und Schutzsystems. Leider aber sind die Industriezölle fast gar nicht und die landwirtschaftlichen Zölle, die zur Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel beitragen, zu wenig ermäßigt worden. Die Hoffnungen, die sich an die hohen Getreidezölle geknüpft haben, sind nicht erfüllt worden. Denn die Anbaufläche für Getreide hat nicht zu sondern abgenommen. Die Agrarier wollten durch die Getreidezölle sich in bequemer Weise einen hohen Preis im Inlande sichern, ohne genöthigt zu sein, zu dem allerdings unheimlichen Mittel zu ergreifen, mit dem Auslande in Konkurrenz zu treten. Sie wollten also sich auf Kosten der großen Masse der Konsumenten bereichern.

Die Rede des Reichskanzlers, in welcher eine runde Abgabe an das unheilvolle System der letzten 12 Jahre enthalten war (Oh! rechts), hat mir besser gefallen als die Verträge, die auch anders hätten ausfallen müssen, wenn Herr v. Caprivi die Konsequenzen seiner Ansicht streng gezogen hätte. Der Reichskanzler hat sich eines Widerspruchs schuldig gemacht, indem er zunächst einen Schutzzoll für die Landwirtschaft empfahl und von den Opfern sprach, die die Schutzzölle dem Staate auferlegen. Bezüglich seiner Ausführung von den armen Großgrundbesitzern ist zuzugeben, daß diese sehr verschuldet sind, aber es wäre doch interessant, eine Statistik darüber aufzumachen, wie viel von diesen Schulden durch das Leben und Treiben in den Kaffees, durch die Wette auf den Rennplätzen verursacht sind. Wir haben keinen Grund, dem Grundbesitz auf Kosten der ärmeren Bevölkerung Vortheile zu verschaffen. Alles, was der Reichskanzler für die Ermäßigung der Getreidezölle auf 3,50 M. gesagt hat, gilt auch für ihre gänzliche Aufhebung.

Im Großen und Ganzen wird durch die Verträge an unserer wirtschaftlichen Lage nichts geändert, und die Arbeiter werden nicht großen Nutzen haben. Weit mehr würde die Einführung des Normalarbeitstages und ein wirklicher Arbeiterschutz von Vortheil für die Arbeiterwelt sein. — Der Weg der internationalen Verständigung, der mit den Handelsverträgen wieder betreten wird, hat unseren Beifall. Auch wir sehen den Zustand herbei, wo die Völker etwas Besseres thun als sich gegenseitig das Blut auszusaugen. Damit aber steht die ganze praktische Politik der Regierung, namentlich auf militärischem Gebiete, in direktem Widerspruch. Wir werden für die Handelsverträge stimmen; es ist für uns der erste Schritt zur Beseitigung des volksbedrückenden Systems. Unser Ziel ist aber die völlige Aufhebung der Lebensmittelschutzzölle. Wir sind gegen eine Kommissionsberatung.

Abg. Frh. v. Huene (Ctr.): Mein Fraktionsgenosse Reichensperger hat schon Namens der Fraktion erklärt, daß sie fast einstimmig für die Handelsverträge stimmen werde. Mit einer großen Anzahl seiner Ausführungen, die er dann persönlich gemacht hat, kann ich mich aber nicht einverstanden erklären. Allerdings waren diese Ausführungen mehr theoretischer Natur, da er doch immer für den Schutz der Landwirtschaft thätig eingetreten ist.

Ich kann im Namen des weitest ausgedehnten Theiles meiner Partei erklären, daß es lediglich die großen politischen Gesichtspunkte waren, welche unsere schwerwiegenden sachlichen Bedenken gegen die Handelsverträge überwinden haben. Vorgetrugen waren meine Bedenken auch größer als jetzt nach den gestrigen Erläuterungen durch den Reichskanzler und Staatssekretär. Seine vorgetragenen Ausführungen über die Handelsbilanz hatten für uns etwas geräuschvoll Beängstigendes. Darauf darf sich unsere Wirtschaftspolitik nicht aufbauen. Den Theil der Rede des Reichskanzlers, in welcher er so warm von der Landwirtschaft sprach, könnte man in allen landwirtschaftlichen Zeitungen abdrucken lassen, es würde helle Freude darüber sein; aber dann müßte man abschneiden (Große Heiterkeit). Abg. Richter: der zweite Theil ist ja gerade die Hauptsache!). Ich hoffe, daß der Theorie, die er im zweiten Theil aussprach, die Praxis nicht folgen wird, und daß den Reichskanzler das Gefühl der Unheimlichkeit bei Unterstützung von jener Seite auch hier befallen möge. Ich freue mich, daß der Reichskanzler die Industrie die Nährmutter und nicht die Nährmutter des Staates genannt hat, denn beide sind verschieden (Heiterkeit). Die Exportindustrie ist nicht die Hauptsache, sondern das Handwerk, das seinen Absatz im Innern findet, auf dem das industrielle Wohl des Staates beruht; die Exportindustrie aber ruiniert den Handwerkerstand. Die moralische Kraft des Staates beruht in der christlichen Familie, die Exportindustrie aber stürzt nicht das Familienleben (Beifall rechts und im Centrum).

Wir verlassen mit den Verträgen nicht den jetzigen Zustand im Allgemeinen, aber ohne Zweifel werden durch dieselben der Landwirtschaft Opfer aufgeleget. Eine gewisse Beunruhigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist darum vorhanden. Diese Beunruhigung muß angesichts der Reden von links noch steigen. Wenn wir aber zusammenhalten, dann brauchen wir uns nicht zu beunruhigen. Denn wir haben die Waffe in der Hand, die Handelsverträge, welche die Zölle auf zwölf Jahre binden.

Wir werden für die Beratung im Plenum stimmen. Was die Stellungnahme zu den Verträgen selbst betrifft, so wäre eine Ablehnung derselben eine schwere Schädigung des Ansehens der deutschen Regierung im Auslande, eine schwere Beeinträchtigung des Ansehens der Politik des Reiches im Innern. Darum werden alle, die dessen überzeugt sind, im Interesse des Ansehens des Reiches für die Verträge stimmen müssen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frh. v. Manteuffel (L.): Ich stehe genau auf demselben Standpunkte wie der Vorredner. Graf Kanitz hat gestern nur für einen Theil der konservativen Partei gesprochen; ich spreche heute für den anderen. Wir begreifen das Gefühl schaffender

Freude, daß der Reichskanzler bei der Abschließung der Verträge empfand. Aber er kann es uns nicht verübeln, daß wir das Gefühl der Freude an dem Mitschaffen nicht in dem gleichen Maße theilen. Wir halten die Handelsverträge nicht gerade für ein Unglück, haben aber doch ein Gefühl der Befremdung darüber, daß die Kosten der Verträge allein von der Landwirtschaft getragen werden. Man sollte doch gerade die Landwirtschaft unterstützen, weil sie keine Expansionskraft hat wie die Industrie, sondern an die Scholle gebunden ist. Die Landwirtschaft hat unsere Armee stark gemacht und die tüchtigsten Offiziere und Soldaten hervorgebracht. Deshalb bin ich auch überzeugt, daß die Regierung der Landwirtschaft den Schutz nicht ganz entziehen will. Der Schutzzoll soll ein Äquivalent sein für die höheren Produktionskosten der Landwirtschaft. Wenn der Reichskanzler einen Zoll von 3,50 M. für ein genügendes Äquivalent hält, so bleibt er doch ein Schutzzöller. Herr Brömel hält dagegen den Reichskanzler jetzt für einen gemäßigten Schutzzöller, und schließt daraus, daß er auch ein gemäßigter Freihändler ist. Herr Brömel ist ein gemäßigter Freihändler: ist er darum auch ein gemäßigter Konservativer? (Heiterkeit.)

Die Anhänger des autonomen Tarifs müßten konsequenterweise gegen jeden Handelsvertrag überhaupt stimmen. Daß die Regierungen gegen die Anstrengungen auf Suspension Widerstand leisteten ist nur dankbar anzuerkennen, denn glaubt man, daß die Suspension am bestimmten Termine wirklich aufgehoben würde, wenn das Getreide an diesem Tage höher stände als an dem Tage, an welchem die Suspension einträte? Das könnte doch wohl möglich sein. Aber die Suspension würde auch auf den Preis keinen Einfluß gehabt haben, denn die Spekulation wäre leicht in der Lage, trotz der Suspension die Preise in die Höhe zu treiben. (Beifall rechts.)

Die Vaterlandsliebe, von welcher der Reichskanzler bezüglich der Stellung zu den Verträgen gesprochen hat, nehme ich für den Grafen Kanitz und seine Gefinnungsgenossen ebenso in Anspruch, wie für mich und diejenigen, die für die Verträge stimmen wollen. Denn die Gegner der Verträge glauben mit ihrer Stellungnahme dem Vaterland einen Dienst zu erweisen. Andererseits aber bitte ich den Grafen Kanitz, uns, die wir für die Handelsverträge stimmen, nicht als fahnenflüchtige Verräther an der Landwirtschaft anzusehen. Wir glauben, der Landwirtschaft durch unsere Zustimmung zu nützen. Unsere Haltung wird die verbündeten Regierungen festhalten an den Wegen der Schutzzollpolitik, wenn man sie von denselben abdrängen versuchen wird. Wir hoffen, daß die Regierungen einen Ausgleich für die Herabsetzung der Zölle darin suchen wird, daß sie der Landwirtschaft Arbeiter zuführt. Lohnende Arbeit giebt es auch bei uns; mit den Naturalalöhnen sind die Löhne sogar höher als die der meisten industriellen Arbeiter (Lachen links). Uns kann nur geholfen werden durch Eintreten der Regierung auf dem Gebiete der Unterstützungswohnitz und der Freizügigkeit (Sehr richtig rechts). Wir verlangen keine volle Aufhebung des Freizügigkeitsgesetzes, aber eine Einschränkung des Verkehrs (Abg. Richter: das wird ja immer schöner!).

Reichskanzler v. Caprivi: Ich freue mich, daß der Vorredner da, wo er auch nicht mit der Regierung übereinstimmt, ihre Vorlage in so wohlwollendem Tone behandelt hat. Ich habe durchaus nicht die Vaterlandsliebe des Grafen Kanitz angezweifelt, der einer Familie angehört, die durch Generationen hindurch hervorragende Männer für den Staat geliefert hat und mit Gut und Blut für sein Interesse eingetreten ist. Das trennt uns also nicht. Die Behauptung, daß ich die Industrie vor der Landwirtschaft bevorzugt habe, steht mich in Eritumen. Ich weiß nicht, wie ich es anfangen soll, um mich wohlwollender über die Landwirtschaft zu äußern und mehr zu betonen, daß ihr Dasein mit der Existenz des Staates verknüpft ist, als ich es gethan habe. Ich bitte, meine Rede als Ganzes anzusehen. Ich kann mich auf den Kompromißvorschlag des Herrn v. Huene einlassen und bin gewillt, der Industrie die Rolle der Nährmutter, und der Landwirtschaft die Rolle der Nährmutter zuzuschreiben. Wenn die Sache damit erledigt ist, so bin ich zufrieden. (Heiterkeit.)

Daß an den Verträgen die Landwirtschaft in so hervorragendem Maße theilhaft ist, kommt daher, daß es Verträge mit Ländern sind, die im Vergleich mit uns nur landwirtschaftliche Produkte zu exportieren haben. Man spricht immer die Befürchtung aus, daß die verbündeten Regierungen an dem Zollfuß von 3,50 Mark nicht festhalten werden. Wenn uns dieser Zoll nicht ernst gewesen wäre, dann wäre es uns eine Kleinigkeit gewesen, aus dem Verträge mit einem niedrigeren Zoll herauszugehen. (Heiterkeit.) Sie ahnen nicht, welch ein Kraftaufwand notwendig war, den Zollfuß so hoch zu halten.

Die verbündeten Regierungen sind in Erwägungen eingetreten, wie dem Mangel an ländlichen Arbeitern abzuhelfen ist, und speziell darüber, ob und wie das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz zu ändern wäre. Ich glaube, daß diese Session nicht verlaufen wird, ohne daß die verbündeten Regierungen mit einer Vorlage an das Haus herantreten. (Beifall rechts.)

Abg. Dechelhauser (Nl.): Meine Partei wird für die Handelsverträge stimmen. Wir müssen unserer Ausfuhr ein größeres Absatzgebiet schaffen, denn trotz aller Anstrengungen, trotz der Schaffung so vieler neuer Konsulate ist die Ausfuhr nicht bedeutender geworden. In Frankreich ist der Schutzzoll auch viel weniger aus wirtschaftlichen als chaubinistischen Rücksichten eingeführt, und von Tag zu Tag mehr sich die Stimmen, welche es ausprechen, daß der Schutzzoll das Land schädigen werde. Ohne Frage wird auch Frankreich in nicht zu langer Zeit gezwungen sein, von seinem jetzigen System abzugehen. Man darf nicht die vollständige mechanische Reziprozität beanspruchen. Auf Grund der uns auch von anderen Ländern zugestandenen Zollermäßigungen würden einzelne Zweige der Industrie sich heben, und so wird mit der Zeit ein Ausgleich stattfinden.

Meine politischen Freunde werden sich fast einstimmig gegen die Kommissionsberatung erklären. Die Herabsetzung der Getreidezölle wird auf einen sehr großen Theil der Bevölkerung wohlthuend wirken. Es läge sehr nahe, angesichts der

Handelsverträge der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises näher zu treten.

Die Erfahrung lehrt, daß handelspolitische Freundschaft auch politische Festigung zur Folge hat. Unzweifelhaft hat Art. 11 des Frankfurter Friedens, in welchem Frankreich das Meistbegünstigungsrecht zugestanden wird, mit dazu beigetragen, daß ein Krieg bis jetzt nicht ausgebrochen ist. Das Vertragssystem, das wir jetzt anstreben, wird daher auch unseren friedensbringenden Einfluß in Europa noch stärken.

Abg. Richter (Sfr.): Ich kann mich im Großen und Ganzen dem Vorredner anschließen. Herr v. Huene kann seine Besorgnisse, die er in Bezug auf unsere Stellung zu den Handelsverträgen schöpft, dämpfen. Wir haben nicht das Bedürfnis, unserer jetzigen Haltung wegen etwa vom Reichskanzler unsere Vaterlandsliebe begehrt zu lassen. Wir sind der Meinung, daß im Staate der allgemeinen Wehrpflicht jede Familie, die höchste und die ärmste, ihre Schuldigkeit gethan und das Blut ihrer Söhne für das Vaterland geopfert hat. (Lebhafter Beifall links.) Wir sind auch der Meinung, daß in dem Streit der Parteien in diesem Hause keine Partei das Recht hat, die Anerkennung zu beanspruchen, daß die Liebe zum Vaterlande ihre Schritte leitet. Wir verlangen auch für unsere Unterstützung von der Regierung niemals eine Gegenleistung. Unsere Partei hat nicht einmal die Chance, einen Landrathsposten zu bekommen. Wir fordern auch keine Gegenleistung.

Es ist rührend, wie den Bekämpfern der Verträge ein Helfer in der Noth entstanden ist in den „Hamburger Nachrichten“, die plötzlich daran erinnern, daß der Reichstag nicht darauf verzichten könne, seine Rechte bei diesem Vertrage wahrzunehmen. Früher war das doch nicht die Meinung jener Stelle. Es ist aber gut, wenn man sich im Alter befehrt; man kann immer noch etwas lernen. (Heiterkeit.)

Wir Bewohner des Ostens haben in mancher Beziehung schwere Bedenken, z. B. über die differenzielle Behandlung. Wenn wir im Augenblick auf eine Diskussion dieser Frage verzichten, so thun wir es in der Voraussetzung und dem Vertrauen, daß die Regierung von selbst die Konsequenzen ziehen und nichts unterlassen wird, was für die östlichen Provinzen zu thun nöthig ist. In 74 Kreisen der östlichen Provinzen finden wir eine Abnahme der Bevölkerung. Das ist die Folge jener unglückseligen Schwentung, die seit 1879 gemacht worden ist und der schließlich alle Parteien gefolgt sind.

Was den Werth der Handelsverträge anbetrifft, so ist es doch eigenthümlich, daß bei uns die Agrarier schreien: Nur die Oesterreicher haben den Vortheil! und in den österreichischen Blättern wieder die Klage erhoben wird: Nur die Deutschen haben den Vortheil! Es ist ja nicht das erste Mal, daß in der „Kreuzzeitung“ infolge eines „Eingelands“ der Regierung vorgeworfen wird, daß sie allein für die ungarischen Kornjuden und die galizischen Viehjuden arbeite. Und dieses Blatt macht man zur Grundlage der Belehrung in unseren Kadettenhäusern. Das ist die geistige Nahrung der Männer, die später eine hervorragende Stellung in der Armee einnehmen.

Den Arbeitermangel in der Landwirtschaft haben wir schon 1879 vorausgesehen. Wenn Sie die Industrie in so übertriebener Weise hässeln, mit Zöllen pouffieren und künstlich in die Höhe schrauben, ist es ein Wunder, daß die Arbeiter ihre Aeder im Stich lassen? Sie ernten jetzt die Früchte Ihrer Abtödtungen. Der Arbeitermangel im Osten ist so dann die Folge der Völkerrückbildung des Fürsten Bismarck, die Sie mitgemacht haben. Wir danken dem Reichskanzler für seine jetzige Stellungnahme, auch in Bezug auf die Ernennung des Erzbischofs von Stabrowski, von der gewisse Zeitungen, natürlich auch die „Hamburger Nachrichten“, gemeint haben, der Reichskanzler verschlechterte damit auch unsere Beziehungen zu Rußland. Es ist ja die alte Hege, die wir gewohnt sind. Ich hoffe, daß die Aufschauung nicht richtig ist, daß die Unterthänigkeitsvorlage in Zusammenhang mit einer Verringerung des Freizügigkeitsgesetzes gebracht wird. Eine Verringerung des Unterthänigkeitsgesetzes habe ich schon vor 20 Jahren im Abgeordnetenhaus verlangt; in dieser Beziehung bin ich so radikal wie Cicer. Die Freizügigkeit aber antasten, das wäre der Umsturz aller Grundlagen, auf denen Deutschland und Preußen besteht. Das Freizügigkeitsgesetz trägt das Datum von 1842 und war ein Geschenk der absoluten Monarchie. Es wäre ein kläglicher Schandfleck, wenn das parlamentarisch regierte Deutschland sie jetzt antasten wollte. (Unruhe rechts.) Ich habe das feste Vertrauen zu der Regierung, daß sie hier sagen wird: Hand weg! — Die wahren Freunde der Landwirtschaft, die nicht um Staatsunterstützung betteln, werden jetzt immer zahlreicher. Ein hervorragender landwirtschaftlicher Lehrer, Prof. Settegast von der landwirtschaftlichen Akademie zu Proskau, hat offen erklärt, daß die hohen Agrarzölle ein verhängnisvoller Fehler sind. Herr v. Kardorff, der vom Ruin der Landwirtschaft in England gesprochen hat, scheint die Agrarstatistik nicht zu kennen. In England ist die landwirtschaftlich bebaute Fläche seit 1868 um 400 000 Acres gestiegen. (Hört, hört! links.) Den Reichskanzler, der unsere Großgrundbesitzer für arme Leute hält, die sich kümmerlich durchschlagen müssen, bitte ich, erst die Resultate der Selbstbeurtheilungstatistik in Preußen abzuwarten. In den 6 östlichen Provinzen ist ja allein der 6. bis 7. Teil des ganzen Landes in den Händen der Majoratsherren und Großgrundbesitzer, und auch Fürst Bismarck hat zugeben müssen, daß 3 bis 4000 Rittergutsbesitzer sehr wohlhabende Leute sind. Wenn es wirklich im Interesse des Staates nöthwendig ist, eine große Klasse der Bevölkerung durch Staatsunterstützung zu unterhalten, dann wollen wir klar sehen, dann soll man die bezeichnen, die ohne Staatsunterstützung nicht leben können, anstatt eine progressive Besteuerungsskala für das Getreide einzuführen, die progressiv nach unten wirkt. Wer den Familienstand erhalten will, der sorge auch dafür, daß der Staat nicht mit rauher Hand in die Verhältnisse der Familie hineingreift und Sorge und Noth in Bezug auf ihren Lebensunterhalt hineinträgt.

Wir nehmen die Vorlage an. Bei unseren Grundbesitzern werden wir uns dabei aber auch nicht für die Zukunft beruhigen bei den jetzigen Zöllen. Herr Dr. Böttcher hat sich aus einem Freihändler in einen Schutzzollpolitiker verwandelt. Herr Dechelhauser ist anderer Ansicht. Das ist aber das Uebel der national-liberalen Partei, daß sie große wirtschaftliche Fragen, wie es die

Lebensmittelzölle sind, als harmlose und nicht als große wirtschaftliche Fragen betrachtet. Die Getreidezölle sind unvereinbar mit jedem Programm einer liberalen Partei. Die Erträge der preussischen Domänen sind seit 1849 um beinahe das Dreifache gestiegen.

Allerdings sind diese Erträge in den allerletzten Jahren heruntergegangen (Aha! rechts). Haben Sie denn aber ein Patent darauf, daß der Ertrag immer steigt? Jede wirtschaftliche Tätigkeit ist einer Schwankung unterworfen. Der Grund für die Nothlage einzelner Landwirthe liegt darin, daß sie zu teuer gekauft und häufig auch nicht rationell gewirtschaftet haben. Früher sagte Fürst Bismarck, auch der verüffteste Agrarier denke nicht an einen Zoll von 3 Mk., und heute haben wir einen solchen von 5 Mk. In rasender Eile sind Sie von Begierde zu Genuß und von Genuß zu Begierde gestürzt. (Heiterkeit.) Früher waren Sie nicht so eilig, da mußte Ihnen erst durch den Schreiber der Bauernbriefe von hinten ein Schuß gegeben werden. (Heiterkeit.) Was Minister Delbrück gesagt hat, ist genau eingetroffen, und es ist das Verdienst des Reichskanzlers, daß er die Erkenntnis gewonnen hat, man müsse zurückgehen in jene Geleise, in denen Delbrück und seine Mitarbeiter gewandelt sind, und welche einen so großartigen Erfolg und wirtschaftlichen Aufschwung zur Folge gehabt haben.

Wir stimmen dem Reichskanzler darin zu, daß die Völker etwas Klügeres zu thun haben, als sich gegenseitig das Blut auszusaugen — hoffentlich wird ihm bei dieser Zustimmung nicht unheimlich. (Heiterkeit.) Die Bildung großer wirtschaftlicher Gebiete verlangt, daß wir in Europa uns an einander schließen. Diese Aneinander-schließung kann nur von wichtigen Folgen sein, wenn wir an die von Delbrück vertretene Grundidee anknüpfen Friedlicher Wettbewerbs unter dem Banner der Verkehrsfreiheit, das allein bietet die Möglichkeit, das Ziel zu erreichen, welches uns der Reichskanzler am Schluß seiner Rede vorgeführt hat. Wir streben diesem Ziele auch zu und werden im Interesse des Vaterlandes mit allen Kräften ihn darin unterstützen. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler v. Caprivi: Die verbündeten Regierungen haben den dringenden Wunsch, die Vorlage noch vor Weihnachten erledigt zu sehen. (Hört! Hört! links.) Für unsere Industrie ist jeder Tag früher, wo die Sache zur Entscheidung kommt, wünschenswerth (Sehr richtig!) Sodann harret noch eine Reihe von Fragen ihrer Erledigung, die wir nicht in Angriff nehmen können, bevor wir wissen, woran wir sind. Es hängt ja nun nicht von diesem Hause allein ab, sondern eine Menge anderer parlamentarischer Körperschaften muß damit beschäftigt werden. Es ist unendlich schwer, so viel Köpfe unter einen Hut zu bringen. An seiner Stelle wird die Befriedigung über diese Verträge eine so ungetheilte sein; überall werden Zugeständnisse gemacht werden müssen. Gerade deshalb bitte ich, die Verhandlungen nicht grundlos zu verlängern, und wünsche, daß der deutsche Reichstag auch ein Beispiel der Anerkennung des internationalen Wertes dieser Verträge giebt, indem er seine Zustimmung zu ertheilt. (Beifall.)

Abg. Dr. Orterer (Ztr.): Auch ich will den Reichskanzler zu dem großen Ziele der Gemeinschaft der Wirtschaftsinteressen der Nationen unterstützen. Wir wollen das alte Geleise nicht verlassen, wir wollen ruhig und friedlich fortgeschritten. Die Getreidezölle haben ohne Zweifel eine gute Wirkung gehabt, aber auch sie haben den Niedergang von zahllosen landwirtschaftlichen Betrieben nicht aufhalten können. Wenn die Landwirtschaft jetzt Opfer zu bringen hat, so wird man sie jedenfalls darüber beruhigen müssen, daß ihr der Schutz nicht noch mehr entzogen worden wird. Zu der Annahme der Verträge bestimmt uns vor allem ihre politische Bedeutung. Immer ist es der lebhafteste Wunsch gerade Bayerns gewesen, besonders mit Oesterreich in ein politisches und volkswirtschaftliches Bündniß zu treten. Die wirtschaftliche Allianz befähigt das politische Band.

Abg. Fürst Hatzfeldt (Rp.): Im Gegensatz zu einem größeren Theile meiner politischen Freunde halte ich den Abschluß der Handelsverträge für ein Werk, das zum Gedeihen des Vaterlandes beitragen wird. Das Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit wird damit nicht aufgegeben. Für die freie Schweine-einfuhr haben wir ein werthvolles Zugeständniß, die freie Zuckereinfuhr nach Amerika, erhalten. Die Herabsetzung des Getreidezolles von 5 Mk. auf 3,50 Mk. ist nicht von so großer Bedeutung, denn 1887 hätte niemand von uns für einen Zoll von 3 Mark gestimmt, wenn damals so hohe Getreidepreise bestanden hätten. Die Landwirtschaft muß der Regierung sogar dankbar sein, daß die Verträge auf 12 Jahre abgeschlossen sind. Dadurch wird ihr eine gewisse Stetigkeit gewährleistet, deren sie nicht entbehren kann. Sie kann nunmehr im Vertrauen auf einen stabilen Zustand Meliorationen vornehmen, die zur Steigerung des Ertrags beitragen werden.

Abg. Graf Kanitz (L.): Nach der heutigen Erklärung des Reichskanzlers in Bezug auf meine Person verzichte ich auf die Entgegnung, die ich mir gestern vorgenommen hatte. Ich werde gegen die Handelsverträge stimmen und werde für die dritte Lesung die namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz beantragen.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (konf.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß die konservative Fraktion mit Mehrheit beschlossen habe, den Antrag auf Kommissionsberatung zu stellen.

Abg. Dr. Böckel (Antif.) erklärt, daß die Antisemiten gegen die Handelsverträge und für Kommissionsberatung stimmen würden.

Ein Antrag Liebermann v. Sonnenberg auf namentliche Abstimmung über den im Lauf der Sitzung eingegangenen Antrag v. Massow auf Kommissionsberatung kann nicht zur Abstimmung kommen, da er unter der Heiterkeit des Hauses nur die Unterstützung der 5 Antisemiten findet.

Der Antrag v. Massow wird hi rauf gegen die Stimmen der 36 Konservativen, die ihn unterzeichnet haben und der Antisemiten abgelehnt. Die zweite Verathung der Handelsverträge wird also im Plenum stattfinden.

Hierauf wird der Geschäftsordnungsantrag, betr. die zur zweiten Sitzungsberatung eingebrachten Resolutionen (Unterstützung durch 15 Mitglieder und Abstimmung erst nach 3 Tagen), über welche die Abstimmung vor einigen Tagen wegen der drohenden Verschlussfähigkeit des Hauses von der Tagesordnung abgesetzt war, gegen die Stimmen der Freisinnigen, Volkspartei, Sozialdemokraten und eines Theils der Nationalliberalen angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr (zweite Verathung der Handelsverträge).

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

Δ Berlin, 13. Dez. Im Buchdruckerstreik ist jetzt der Moment der Krisis eingetreten. Ob die Streikenden einen Erfolg davontragen werden, hängt besonders davon ab, ob die Behauptung von bevorstehenden größeren Unterstützungen aus England oder die Hoffnung auf solche Unterstützungen begründet ist oder nicht. Eingetroffen sind einstweilen nur 10 000 Mark, aber 400 000 Mark sollen unterwegs sein, was wir einstweilen für eine leere Renommee ansehen. Die Rechnung der Streikenden: „Halten unsere Mittel zum Unterstützen vor, so müssen wir endlich durchkommen“ ist ganz verkehrt. Nicht

der Ersatz, den die Prinzipale sich verschafft haben, numerisch und qualitativ aus, so nützt den Streikenden ein längeres Streiken nichts, auch wenn es ihnen während des Streikes erträglich geht. Die Führer der Bewegung sind sich jedenfalls in diesem Augenblicke klar darüber, ob noch große Unterstützungssummen kommen werden, und ob der Ersatz alter Arbeitskräfte durch neue genügend ist, mithin auch über die Aussichten des Streiks. Sind sie sich über die Erfolglosigkeit weiteren Kampfs klar, so ist es nicht blos unklug, sondern frivol, daß sie nicht Frieden schließen. Bei allen Streiks in Deutschland wiederholt sich allerdings die Erscheinung, daß die Führer, die im Grunde diktatorisch bestimmen, ihren Irrthum nicht eingestehen wollen oder nicht erkennen, wodurch der Streik nutzlos verlängert wird. Sie unterscheiden sich darin unvorthelhaft von den englischen Arbeitern. — Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute in seinem Inseratentheile die Namen von 152 Firmen, bei denen Waren mit Kontrollstempel zu haben sind. Der Kontrollstempel ist erst kürzlich eingeführt worden, der Erfolg ist daher, wie man zugeben muß, überraschend groß und schnell. Ähnlich der Hutkontrollmarke dient der Kontrollstempel, der nur von der „Zentralkommission deutscher Textil-Arbeiter in Chemnitz“ abgegeben wird, als Beleg dafür, daß die zwischen den Arbeitgebern und organisierten Arbeitnehmern verabredeten Arbeitsbedingungen, namentlich hinsichtlich des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit, festgehalten werden. Sowohl in dieser Hinsicht wie betreffs der Güte der Waaren findet eine beständige Kontrolle durch die Zentralkommission statt, die im übrigen jedem Unternehmer, der die Bedingungen erfüllt, ohne Ausnahme den Stempel abzugeben hat. Der zu Pfingsten des Jahres zu Pößneck abgehaltene deutsche Textilarbeiterkongress ist der Urheber der Idee. Der Stempel ist aus technischen Gründen nur bei einem Theile der Textilwaaren anbringbar. Die Kontrollmarke und der ihr noch verwandte Boykott (denn auch bei der Kontrollmarke handelt es sich ja darum, daß bei den nicht auf die Forderungen der Arbeiter eingehenden Fabrikanten und Geschäftsleuten nicht gekauft werden soll) werden ein bedeutames und immer mehr angewandtes Kampfmittel der Arbeiter, an Stelle des Streiks. Marke und Boykott haben vor dem Streik das voraus, daß sie kein Geld kosten, sondern nur ein Zusammenhalten der Arbeiter erfordern. Es hat seither an Erfolgen mit diesen beiden Kampfmitteln nicht gefehlt, und besonders die überraschend große Wirkung des Stempels in der Textilbranche wird vermuthlich bald die Arbeiter anderer Berufsarten veranlassen, die Einführbarkeit einer Marke für die von ihnen produzierten Waaren gleichfalls zu erwägen. Natürlich kann dies nur in solchen Produktionszweigen Erfolg haben, in denen die Arbeiter Hauptabnehmer sind. Wir halten uns verpflichtet, auf diese Vorgänge, die in der Presse durchaus nicht im Verhältniß zu ihrer Wichtigkeit behandelt worden sind, schärfer hinzuweisen. Es sind keine erfreulichen Gedanken, mit denen man solche Erscheinungen beobachtet.

— In der am 10. d. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths legte der Vorsitzende ein Schreiben des Präsidenten des Reichstags vor, wonach der letztere die ihm vorgelegte Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihe-gesetze zur Verathung gezogen und anerkannt hat, daß durch die Vorlegung der Denkschrift den Bestimmungen der betreffenden Gesetze genügt worden ist. Die Vorlage wurde dem Ausschusse für Rechnungswesen überwiesen. Mit der Vorberathung des Antrags, betreffend die Verleihung von Korporationsrechten an die Nitrolabekompagnie zu Berlin, wurden die Ausschüsse für Justizwesen und für Handel und Verkehr beauftragt. Den Anträgen der Ausschüsse für Zoll- und Steuernwesen und für Handel und Verkehr, betreffend die feuerliche Behandlung der Abraumfälsche, wurde die Zustimmung erteilt. Der Eingabe des Centralvorstandes kaufmännischer Verbände und Vereine Deutschlands, betreffend den Waarenverkauf der Konsumvereine an Nichtmitglieder und dem Antrage der Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft auf Auflösung der Papierverarbeitungs-Vereinsgenossenschaft und Zuthellung der Betriebe derselben an die Papiermacher- und die Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft, beschloß die Versammlung keine Folge zu geben.

— Vom Fürsten Bismarck liegt wieder ein ganzes Bündel neuer Nachrichten vor. Nach einer Mittheilung der „Lübener Eisenbahnztg.“ hat er, wie schon in Kürze telegraphisch gemeldet, beim Empfang des Chefredakteurs dieses Blattes erklärt, er nehme an der Verathung der Handelsverträge im Reichstage nicht theil, weil den Abgeordneten nicht genügend Zeit zur Information gegeben sei. Es sei mit seinem Gewissen nicht vereinbar, unter dieser Voraussetzung ein Votum abzugeben. Bekanntlich hat der Mangel an Informationen den Fürsten Bismarck nicht abgehalten, seit Jahresfrist in den Spalten seiner Zeitungen Stimmung gegen die Verträge zu machen. In derselben Unterredung wiederholte Fürst Bismarck anlässlich des Satzes Suprema lex, er sei niemals Anhänger des Absolutismus gewesen. Auch sprach er sich gegen das Alters- und Invaliditätsgesetz aus. Dasselbe sei ohne Rücksicht auf Psychologie und Menschenkunde abgefaßt. Und doch war es Fürst Bismarck, der durch sein Eintreten für das Gesetz die Annahme desselben im Reichstage gewissermaßen erzwingen hat. — Der „Frei. Ztg.“ zufolge soll für den Fürsten Bismarck und die Vertretung seines Standpunkts in Berlin eine große Zeitung begründet bzw. gekauft werden. Fürst Bismarck selbst ist ein zu vorsichtiger Hausvater, um sein Geld in ein solches Unternehmen zu stecken. Wer mögen denn sonst die Wohlthäter sein? Gewiß vermag eine in Berlin erscheinende Zeitung wirksamer einen Standpunkt zu vertreten, als eine solche in Hamburg. Da aber Fürst Bismarck, obwohl gesund, seinen Platz im Reichstage nicht einnimmt, ist nicht einzusehen, wie in Berlin an seiner Stelle eine Zeitung es ermöglichen soll, seine tief gefunkene politische Autorität wieder aufzurichten. Selbst von seinen nächsten Freunden kann man, so schreibt die „Frei. Ztg.“, hören, daß Fürst Bismarck unter solchen Verhältnissen sein Reichstagsmandat nicht beibehalten dürfe. —

Nach einem Telegramm der „Köln. Ztg.“ aus Hamburg äußerte Bismarck über seinen Eintritt in den Reichstag zum Grafen Waldersee, er sei selbst darüber noch nicht schlüssig geworden. — Dann wird es allmählich aber höchste Zeit.

— Die Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit den Niederlanden sollen am 15. d. Mts. in Haag beginnen.

— Der Chef der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amts, Dr. Kayser, hat nach dem „Berl. Z.“ vom Kaiser den Auftrag erhalten, sich im Frühjahr persönlich nach Deutsch-Ostafrika zu begeben, um die dortige Verwaltung kennen zu lernen.

— Zu seiner Ausweisung aus Deutschostafrika theilt der Berichtstatter des „Berl. Z.“, Herr Eugen Wolf, noch mit, daß der Gouverneur v. Soden dem deutschen Klub in Zanzibar die Nachricht habe zukommen lassen, er könne das Ehrenpräsidium des Klubs nicht annehmen, so lange Herr Wolf Mitglied des Klubs sei. Daraus erklärt Herr Wolf mit 9 anderen Herren seinen Austritt aus dem Klub.

— Während der „Reichsbote“ die Aufsicht vertritt, daß die Niederlage, welche der Hopsprediger a. D. Stöcker bei den Wahlen zum Generalsynodalvorstand erlitten, durch sachliche Erwägungen herbeigeführt worden sei, die es nicht rathsam erscheinen ließen, Männer mit exponirter politischer Stellung in diese kirchliche Körperschaft zu wählen, bleibt die „Kreuzztg.“ dabei, diese Vorgänge auf „byzantinische Träumereien“ zurückzuführen. „Es scheint“, bemerkt die „Nordb. Allg. Ztg.“ dazu, als ob eine Stellungnahme der Öffentlichkeit zu diesen Vorgängen bald erforderlich werde; wir verzeichnen die Symptome, ohne jener vorgreifen zu wollen.

Geftemünde, 12. Dez. Die hiesigen Sozialdemokraten haben für den nächsten Sonntag eine Volksversammlung einberufen, in welcher über die Pflichten der Volksvertreter und über die Frage, weshalb der Abgeordnete Fürst Bismarck dieser Pflicht nicht genügt, diskutiert werden soll. Zu der Versammlung ist von den Einberufern derselben Fürst Bismarck eingeladen.

Parlamentarische Nachrichten.

— Die „Kreuzztg.“ will wissen, daß dem Reichstage demächst ein Spion-Gesetzentwurf zugehen wird. Die Nachricht ist um so auffälliger, als bisher nichts davon bekannt geworden ist, daß die bestehenden Strafbestimmungen nicht ausreichend wären. Eben so wenig ist in der letzten Zeit etwas über ein Ansuchen der Spione an die Öffentlichkeit gedrungen.

L. C. Die Abg. Frh. v. Stauffenberg (fri.) und Siegle (natl.) haben bekanntlich im Reichstage eine Interpellation, betreffend den Schutz der deutschen Urheberrechte an Werken der Literatur und Kunst eingebracht. Die Interpellation stellt darin an den Reichskanzler zwei Fragen, nämlich: 1. Gedenkt die Reichsregierung die Bedingungen des amerikanischen Copyright-Gesetzes für die Anwendung desselben auf deutsche Reichsangehörige zu erfüllen und wird sie dem Reichstage eventuell hierüber eine Vorlage machen? 2. Gedenkt die Reichsregierung den Abschluß eines Vertrags mit der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung anzubahnen, durch welchen den bestehenden Mängeln abgeholfen und insbesondere die Ausbeutung des Urheber-schutzes auf die gesammte Oesterreichisch-Ungarische Monarchie herbeigeführt wird? Wie aus parlamentarischen Quellen verlautet, finden bereits in der bezeichneten Richtung Verhandlungen statt. Mit Rücksicht darauf wird die Interpellation erst nach Neujahr zur Verhandlung kommen.

Lothales.

Bosen, den 14. Dezember.

br. Der hiesige Zweigverein des Allgemeinen deutschen Sprachvereins hält morgen, Dienstag, den 15. d. Mts., um 8 Uhr Abends im Saale des Dümkeschen Restaurants seine Monatsitzung ab. Da der Verein außer der Veranngung der Fremdwörter auch sonst die Pflege eines guten Deutsch, sowie die Behandlung literarischer Fragen sich zur Aufgabe macht, so wird derselbe um so mehr auf eine rege Theilnahme rechnen dürfen. Auch Gäste sind stets willkommen.

d. Zwei städtische Volksküchen werden am 15. d. M. eröffnet, die eine in dem Schulhause auf der Ballischei, die andere in dem ehemaligen Franziskaner-Kloster (an der Neuenstraße).

Telegraphische Nachrichten.

Best, 13. Dezbr. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses begann heute die Verathung der Handelsverträge. Der Handelsminister hob hervor, die durch die Zollsätze Nord-Amerikas hervorgerufenen Aenderungen so wie die handelspolitischen Maßnahmen Frankreichs hätten ein allgemeines Bestreben nach Schutzoll bewirkt. In diese Verhältnisse hätten die neuen Verträge Breche geschlagen. Die Regierung betrachte die gesammten Verträge als ein einheitliches Ganzes, bei dem Modifikationen ausgeschlossen seien. Der Minister erklärte, er wisse zwar nicht, welche Vereinbarungen Deutschland mit Amerika treffen werde; doch würden etwaige Amerika zugestandene Begünstigungen auch Ungarn zu Gute kommen. Nachdem sich die nachfolgenden Redner sämmtlich für die Vorlage erklärt hatten, wurden die Verträge als Grundlage für die Spezialdebatte vom Ausschusse angenommen. In der Spezialberatung wurden die Handelsverträge mit Deutschland, Belgien und der Schweiz, sowie die Markenschutz-Konvention mit Deutschland nebst Schlussprotokoll angenommen.

Genua, 13. Dez. Gestern Vormittag sank in Folge einer stattgehabten Kesselexplosion der der italienischen „Navigazione generale“ gehörige Dampfer „Calabria“. Von den an Bord befindlichen 28 Personen der Besatzung und fünf Passagieren konnten sich nur 10 Personen der Schiffsmannschaft und 2 Passagiere retten. Vier von den Geretteten sind verletzt.

Paris, 13. Dez. Deputirtenkammer. In der gestrigen Sitzung wurde zunächst ein Kredit von 200 000 Frs. für die Opfer der Explosion in den Gruben von St. Etienne bewilligt, und hierauf die Besprechung über die Interpellation Hubbard betreffend die Haltung des Klerus fortgesetzt. Der Deputirte Turrel verlangte neue Gesetze gegen den Klerus. Delafosse von der Rechten warnte die Regierung vor einer Störung der mit der Kirche bestehenden Beziehungen. Pichon forderte die Trennung von Kirche und Staat. Ministerpräsident Freychinet erklärte, er werde niemals dulden, daß der Klerus den Anspruch erhebe, außerhalb der Gesetze zu stehen. Man müsse aus den

heutigen Verhältnissen herauskommen. Die Regierung weise jedoch die Trennung von Staat und Kirche zurück. Sie werde im Januar ein Gesetz über Affoziationen einbringen, ohne dabei gerade auf den Klerus abzielen. Der Klerus müsse eine Warnung erhalten; eine solche werde die Abstimmung des Parlaments sein. Alle diejenigen, welche Anhänger der Oberhoheit des Staates seien, würden das Kabinet nicht schwächen wollen. Bischof Freppel trat der Behauptung entgegen, daß der Klerus gegenüber der Republik eine feindselige Haltung einnehme und betonte, daß die dem Konkordat beigefügten organischen Artikel außer Hebung gekommen seien und daß man sich deshalb dieser Waffe gegen den Klerus nicht bedienen dürfe. Hierauf wurde die Diskussion geschlossen. Die von der Regierung zurückgewiesene Tagesordnung Hubbard, welche die Trennung der Kirche vom Staate forderte, wurde mit 346 gegen 181 Stimmen abgelehnt.

Paris, 13. Dez. Nach aus St. Louis am Senegal hier eingegangenen Nachrichten ist die aus dem Sudan gemeldete Malaria tatsächlich das gelbe Fieber. In Folge dessen ist für die Probenienzen vom oberen Senegal eine Quarantaine in Fort Podor angeordnet worden.

London, 13. Dez. „Reuter's Bureau“ meldet aus Rio de Janeiro vom 12. d. M., die Lage sei beruhigter, man verhandle über ein Kompromiß. Die Regelung der Finanzfrage sei indessen verschoben.

London, 13. Dez. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Rio de Janeiro von gestern, der Gouverneur des Staates Rio de Janeiro, Portella, habe gestern seine Entlassung eingereicht; zu seinem Nachfolger sei der General Balthazar Silveira ernannt worden.

Sofia, 13. Dez. Die Sobranje hat nach beifällig aufgenommenen Rede des Präsidenten eine Gesetzbildung betreffend eine jährliche Pension von 50 000 Frcs. für den früheren Fürsten Alexander einstimmig angenommen.

Newyork, 13. Dez. Dem „Newyork Herald“ wird aus Valparaiso gemeldet, daß Präsident Montt den chilenischen Gesandten bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika und bei den europäischen Mächten eine Antwort auf die in der Botschaft des Präsidenten Harrison enthaltenen Erklärungen betreffend den Angriff auf eine Anzahl Matrosen des amerikanischen Kreuzers „Baltimore“ habe zugehen lassen. Montt sage in derselben, Chili wolle sich keineswegs seiner Verantwortlichkeit entziehen, aber es müsse auf der Beobachtung der üblichen Formen des chilenischen Gerichtsverfahrens bestehen.

Der „Newyork Herald“ meldet aus Santiago, der chilenische Minister des Auswärtigen habe in seinem Rundschreiben an die chilenischen Vertreter im Auslande die Informationen, auf denen die Erklärungen in der Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten Harrison bezüglich der „Baltimore“-Angelegenheit beruhen, als gefälscht und unrichtig dargestellt bezeichnet; die chilenischen Vertreter werden angewiesen, den richtigen Sachverhalt zu veröffentlichen. Zugleich wird die verletzende Sprache des amerikanischen Gesandten Egan beklagt. Das chilenische Auswärtige Amt habe niemals eine aggressive Politik verfolgt, werde jedoch auch niemals eine Politik der Erniedrigung gutheißen.

Angewandte Fremde.

Vosen, 14. Dezember.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer v. Siforski u. Frau a. Kestowo v. Majewski a. Kobylec, v. Rydzowski a. Rybno, v. Radonski a. Rußland, Dr. Stefanski a. Kunarszewo, v. Mojszyczanski a. Artuszewo, Frau v. Megolewska u. Tochter a. Ostrowo, Frau v. Gajewska u. Tochter a. Vardo, Probst Sawicki a. Janowo, die Administratoren Bogdanowski a. Butowice, Gruszczyński a. Labischin, Kaufmann Badermann a. Wogrowitz, Fräulein Schulz a. Bremerhaven.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Landrath Dr. von Willisch a. Birnbaum, Professor Dr. Reblisch a. Leipzig, Rittergutsbesitzer Major Endell a. Kietz, Oberförster Meut. Smend a. Ludom, Rentier Meut. Wolfermann a. Doborn, Direktor Kuchner a. Hamburg, Rentier Mannkopf a. Breslau, Privatier Dahlheim a. Danzig, die Fabrikanten Schlütter a. Frankfurt a. M., Hauffe a. Halle, Rentiere Frau Zohmann a. Berlin, Landrath u. Rittergutsbesitzer v. Dziembowski a. Schloß Meierich, die Kaufl. Burmann a. Magdeburg, Wessel a. Berlin, Mueller a. Gassen, Vippach aus Bremen, Gutwillig a. Hannover.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Buchmann a. Berlin, Schreiber a. Berlin, Meyer aus Breslau, Inspektor Kunze a. Berlin, Landger.-Rath Müller a. Schneidemühl, Offizier v. Ederitzberg a. Berlin, Rentier Dünhaupt a. Landsberg, Gastwirt Hottolt a. Berlin, Gärtnerbes. Ritter a. Erfurt, Administrator Schubert a. Magdeburg.

Hoe de Rome. — F. Westphal & Co. Major a. D. Honrichs a. Berlin, Rechtsanwalt Langenmeyer a. Binne, Kreisthierarzt Tiebe nebst Frau u. Kreisfretär Gumbz nebst Frau a. Kolmar, Hauptm. a. D. u. Rittergutsbes. v. Boß a. Macew, Hauptmann v. Grabowski a. Breschen, Rittergutsbesitzer Graf Blater a. Prochy, Generalagent Reinhard a. Breslau, die Kaufleute Mayer a. Zeitz, Saulmann, Wollenberg u. Steinhauser a. Berlin, Knauer, Haele u. Lisch a. Breslau, Baar a. Amsterdam, Malachowski a. Strelno u. Gebrüder a. Stettin.

Keilers Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Moses a. Berlin, Cohn u. Haim a. Znin, Kaplan a. Schroda, Kasulski a. Bamberg, Friedberger a. Breslau, Vinemann a. Gollantsch u. Depotvorsteher Moses a. Ostrowo.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Kamm a. Breslau, Landsberger a. Krafau, Krause a. Bromberg, Viskner a. Starolenta, Gutstein a. Dresden, Zworoger a. Berlin, Schmidt Leipzig, Schulamts-Kandidat Klein a. Niechanowo, Gutsverwalter Maelfa a. Wyganowo, Landwirth Ulrich a. Dyalentza, Oberinspektor Beder a. Lopuchowo u. Baumeister Reich a. Pleichen.

Hotel Bellevue (H. Goldbach). Die Kaufleute Brandt a. Stettin, Proft, Linke, Heimann u. Herzfeld a. Berlin, Buchterfaden a. Ochtrup, Wiggel a. Danzig, Kaiser a. Köln u. Schirm-eisen a. Plegnik, Fabrikbesitzer Bergmann a. Hartingen, Ingenieur Hoffmann a. Berlin, Privatier Schulz a. Breslau, Verf.-Jnsp. Rablert a. Berlin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Rittergutsbes. v. Buchowski m. Frau a. Pomaranitz, Fräulein

Kleger a. Rogasen, die Kaufleute Berger m. Frau a. Breslau, Womski a. Chemnitz u. v. Konopinski a. Guben.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Arzt Dr. Krzyzdzagorski mit Frau a. Breschen, Arzt Dr. Kompf a. Schrimm, Bevollmächtigter Müller a. Ranzanowo, die Gutsbesitzer Nitsche mit Frau a. Stanitzewo u. Laski a. Hofitten, Techniker v. Solonicki a. Bialowice u. Oberförster Kaus a. Goluchowo.

Handel und Verkehr.

**** Warschau, 12. Dez.** Die Einnahmen der Warschau-Wiener Eisenbahn betrugen im Monat Novbr. 1891 89 700 Rubel mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

**** Sabona, 12. Dez.** In der heutigen Versammlung der Gläubiger der Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie Tardy und Benec waren etwas mehr als die Hälfte der Passiven vertreten. Die Versammlung beschloß die Offerte der Gesellschaft von Tardy, die Geschäfte der Gesellschaft Tardy und Benec für 35 pCt. zu übernehmen, zu acceptiren. Die entscheidende Versammlung der Gläubiger wird am nächsten Sonnabend stattfinden.

**** London, 12. Dez.** Wollle lebhaftes Betheiligung, Preise unverändert.

Marktberichte.

Bromberg, 12. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 220—230 M., Roggen 224—234 M., geringe Qualität 210 bis 223 M. — Gerste 155—175 M., Braugerste 176—180 M. — Erbsen Futter- 180—190 M., Kocherbsen 200—210 M. — Hafer 168 bis 175 M. — Spiritus 50er 70,50 M., 70er 51,00 M.

Marktpreise zu Breslau am 12. Dezember.

Festsetzungen	gute	mittlere	gering.
der städtischen Markt-Noten-Kommission.	Sch.-Me-ster drigt.	Sch.-Me-ster drigt.	Sch.-Me-ster drigt.
Weizen, weißer	24 10	23 80	22 20
Weizen gelber	24 —	23 70	22 50
Roggen	24 —	23 60	22 40
Gerste	18 20	17 70	16 30
Hafer	15 60	15 10	14 30
Erbsen	21 —	20 30	19 50

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.

Raps per 100 Kilogr.	26,90	25,60	22,10
Wintererbsen	26,30	24,90	21,90
Dotter	21 —	20 —	19 —
Schlaglein	23,25	22,25	21,25

Breslau, 12. Dez. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Gef. — Gr. abgelaufene Ründigungscheine —, p. Dez. 241,00 Gd. p. April-Mai 235,00 Gd. Hafer (p. 1000 Kilo) p. Dez. 156,00 Br. K. 50 l. (p. 100 Kilo) p. Dez. 65,00 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Proz.) ohne Fab. excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe gekündigt —, p. Dez. 50er 69,00 Gd. Dez. 70er 49,40 Gd. April-Mai 51,00 Gd. Zint. Ohne Umlag. Die Börsenkommission.

Stettin, 12. Dezbr. [An der Börse.] Wetter: Veränderliche Bewölkung. Temperatur + 5 Gr. N. Barom. 762 mm. Wind: W. lebhaft.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loco 220—231 M., per Dez. 232 M. nom., per April-Mai 226—226,5 M. bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loco 220—231 M., per Dez. 241 M. Gd., 242 M. Br., per April-Mai 235,5 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 166—178 M. — Hafer per 1000 Kilo loco 158 bis 169 M. — Mais per 1000 Kilo loco amerik. feinst, Ungar 164 M. — Rübsen ohne Handel. — Spiritus matt, per 10 000 Liter-Proz. loco ohne Fab. 70er 50—50,3 M. bez., per Dez. 70er 50 M. nom., per April-Mai 70er 51 M. nom., per August-Sept. 70er 52,4 M. nom. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 232 M., Roggen 241,5 M., Spiritus 70er 50 M. — Nichtamtlich Weizen 74 Pfd. per April-Mai 222 M. nom., Roggen 69 1/2 Pfd. per April-Mai 231 M. nom.

Kartoffelmehl prima 36—36,5 bez., sekunda 32—34 M. nom., tertia 22—24 M. nom. per 100 Kilo Brutto inkl. Sad. Landmarkt: Weizen 225—228 M., Roggen 228—232 M., Gerste 165—170 M., Hafer 168—174 M., Kartoffeln 75—87 M., Heu 3—3,5 M., Stroh 32—34 M. (Ostsee-Ztg.)

**** Stettin, 9. Dez.** [Petroleum.] Der Lagerbestand betrug am 26. Novbr.: 24 992 Brk. 24 039 =

Angekommen sind von Amerika 49 031 Brk. 12 962 =

Versand vom 26. Nov. bis 3. Dez. d. J. 36 069 Brk.

Lager am 3. Dez. d. J. gegen gleichzeitg. in 1890: 79 770 Brk., in 1889: 55 766 Brk., in 1888: 66 180 Brk., in 1887: 36 110 Brk., in 1886: 35 586 Brk., in 1885: 48 129 Brk.

Der Abzug vom 1. Januar bis 3. Dezember d. J. betrug 279 740 Brk., gegen 242 083 Brk. in 1890 und 275 420 Brk. in 1889 gleichen Zeitraums.

In Erwartung sind 22 500 Brk.

Die Lagerbestände loco und schwimmend waren in:

	1891	1890
Stettin am 3. Dezbr.	58 069	79 770
Bremen	199 896	324 857
Hamburg	262 325	187 751
Antwerpen	84 747	129 173
Amsterdam	53 218	83 320
Rotterdam	113 805	158 262
Zusammen	771 560	963 133

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	11. Dezember.	12. Dezember.
fein Brodrassnade	—	29,75—30,00 M.
fein Brodrassnade	—	29,50 M.
Gem. Raffinade	—	29,00—29,50 M.
Gem. Weiß I.	—	28,00 M.
Kristallzucker I.	—	28,00 M.
Kristallzucker II.	—	—

Tendenzen am 12. Dez., Vormittags 11 Uhr: Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	11. Dezember.	10. Dezember.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzud. Rend. 92 Proz.	—	19,00—19,10 M.
do. Rend. 88 Proz.	—	18,00—18,20 M.
Rachbr. Rend. 75 Proz.	—	14,80—16,10 M.

Tendenzen am 12. Dez., Vormittags 11 Uhr: Flau, Preise theilweise nominell.

**** Leipzig, 12. Dez.** [Wollbericht.] Kammtzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. p. Dez. 3,62 1/2 M., p. Jan. 3,65 M., p. Febr. 3,65 M., p. März 3,67 1/2 M., p. April 3,67 1/2 M., p. Mai 3,70 M., p. Juni 3,72 1/2 M., p. Juli 3,72 1/2 M., p. Aug. 3,72 1/2 M., p. Sept. 3,72 1/2 M., p. Okt. 3,75 M., p. Nov. 3,75 M. Umlag 190 000 Kilogr. Ruhig.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
12. Nachm. 2	753,1	SW stürmisch	trübe	+ 3,8
12. Abends 9	756,9	SW frisch	bedeckt	+ 2,6
13. Morgs. 7	756,1	SW leicht	bedeckt	+ 0,7
13. Nachm. 2	749,7	SW mäßig	bedeckt	+ 1,7
13. Abends 9	741,3	SW frisch	bedeckt	+ 3,5
14. Morgs. 7	736,4	SW stark	bedeckt	+ 6,7

¹⁾ Von 11 1/2 bis 3 Uhr Schnee, Abends Regen. ²⁾ Nachts und früh Regen.

Am 12. Dez. Wärme-Maximum + 5,3° Cels.

Am 12. = Wärme-Minimum + 2,0° =

Am 13. = Wärme-Maximum + 3,6° =

Am 13. = Wärme-Minimum + 0,6° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. Dez. Mittags 1,58 Meter.

„ „ 13. „ Morgens 1,56 „

„ „ 14. „ Morgens 1,56 „

Telegraphische Börsenberichte.

Ronds-Kurze.

Breslau, 12. Dez. Fest. Neue 3proz. Reichsanleihe 84,05, 3 1/2proz. L.-Pfandbr. 96,25, Koniol. Türken 17,90, Türk. Loose 61,00, 4proz. ung. Goldrente 90,10, Bresl. Diskontobank 89,00, Breslauer Wechselbank 92,00, Kreditaktien 151,75, Schles. Bankverein 109,00, Donnerstagsmarkt 81,00, Flöther Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 124,25, Oberschles. Eisenbahn 54,00, Oberschles. Portland-Zement 86,00, Schles. Cement 118,00, Oppeln. Zement 85,25, Schles. Dampf. C. —, Kramka 120,25, Schles. Zinkaktien 205,00, Laurahütte 105,75, Verein. Delfabr. 93,50, Dörfelreich. Banknoten 172,65, Russ. Banknoten 198,20.

Frankfurt a. M., 12. Dez. (Schlußkurse) Fest.

Lonb. Wechsel 20,325, 4proz. Reichsanleihe 105,80, österr. Silberrente 79,00, 4 1/2proz. Papierrente 79,80, do. 4proz. Goldrente 93,90, 1860er Loose 120,20, 4proz. ungar. Goldrente 90,10, Italiener 89,90, 1880er Russen 92,80, 3. Orientanl. 62,00, unifiz. Egypter 96,40, konv. Türken 17,90, 4proz. türk. Anl. 82,40, 3proz. port. Anl. 32,70, 5proz. serb. Rente 84,60, 5proz. amort. Rumänier 96,90, 6proz. konsol. Mexik. 84,30*, Böhm. Weist. 295 1/2, Böhm. Nordbahn 159 1/2, Franzosen 240 1/2, Galizier 176, Gotthardbahn 137,80, Lombarden 74, Lübeck-Büchen 145,50, Nordwestb. 177 1/2, Kreditakt. 242, Darmstädter 123,50, Mittelb. Kredit 90,80, Reichsb. 144,10, Disk. Kommandit 171,10, Dresdner Bank 133,20, Pariser Wechsel 80,616, Wiener Wechsel 172,45, jerbische Tabaksrente 85,70, Bochum. Gußstahl 112,50, Dortmund. Union 55,70, Harpener Bergwerk 148,61, Siberia 129,80, 4proz. Spanier 66,60, Mainz 110,60.

Privatdiskont 3 1/2 Proz.

^{*)} per comptant.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 242 1/2, Disk. Kommandit 171,20, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Portugiesen —, Laurahütte —, Duxer —, Buschrad —, Böhmische Westbahn —, Darmstädter —, Gotthardbahn 138,75, Staatsbahn —.

Wien, 12. Dez. (Schlußkurse) Fest. Kreditaktien und Renten bevorzugt, schließlich auch Bahnen erhöht.

Deister 4 1/2%, Papier. 92,45, do. 5proz. 102,00, do. Silber. 92,20, do. Goldrente 108,50, 4proz. ung. Goldrente 104,90, do. Papierrente 101,15, Länderbank 197,25, österr. Kreditaktien 282,35, ungar. Kreditaktien 324,50, Wien. St.-B. 106,25, Elbethalbahn 221,50, Galizier 205,00, Lemberg-Gzernowitz 241,00, Lombarden 82,75, Nordwestbahn 205,75, Tabaksaktien 157,01, Napoleons 9,37, Marknoten 55,05, Russ. Banknoten 1,14 1/2, Silbercoupons 100,00.

Paris, 12. Dez. (Schlußkurse) Beauptet.

Sehr stilles Geschäft, Zoll-Türken, Loose, besonders kleine Türken, steigend, Russen beauptet.

3proz. amort. Rente 96,40, 3proz. Rente 95,92 1/2, 4 1/2proz. Anl. 104,92 1/2, Italien. 5% Rente 91,45, österr. Goldr. 93 1/2, 4% ungar. Goldr. 91,37 1/2, 3. Orientanl. 62,60, 4proz. Russen 1889 94,55, Egypter 481,25, konv. Türken 18,45, Türkenloose 65,00, Lombarden 197,55, do. Prioritäten 314,00, Banque Ottomane —, Panama 5proz. Obligat. —, Rio Tinto 441,25, Tabaksaktien —, Neue 3proz. Rente 94,92, 3proz. Portugiesen 33, Neue 3proz. Russen 79 1/2.

London, 12. Dez. (Schlußkurse) Ruhig.

Engl. 2 1/2proz. Consols 95 1/2, Preuss. 4prozent. Consols 105, Italien. 5proz. Rente 90 1/2, Lombarden 7 1/2, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 94 1/2, konv. Türken 18 1/2, österr. Silber. 79, österr. Goldrente 92, 4proz. ungar. Goldrente 90 1/2, 4prozent. Spanier 66 1/2, 3 1/2proz. Egypter 89 1/2, 4proz. unifiz. Egypter 95 1/2, 3proz. gar. Egypter 101 1/2, 4 1/2proz. Tribut-Anl. 92 1/2, 6proz. Mexik. 85 1/2, Ottomabank 11 1/2, Suezaktien 108, Canada Pacific 93 1/2, De Beers neue 13 1/2, Privatdiskont 2.

Rio Tinto 17 1/2, 4 1/2proz. Rupees 73 1/2, Argent. 5proz. Gold-Anleihe von 1886 61, Argentin. 4 1/2proz. äußere Goldanleihe 30 1/2, Neue 3proz. Reichsanleihe 83, Silber 43 1/2.

Aus der Bank flossen 47 000 Pfd. Sterl.

Petersburg, 12. Dezbr. Wechsel auf London 102,40. Russ. II. Orientanleihe 101 1/2, do. III. Orientanleihe 101 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 256, Petersburger Diskontobank 574, Warschauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 475, Russ. 4 1/2proz. Bodentredit = Pfandbriefe 152 1/2, Große Russ. Eisenbahn 253, Russ. Südwestbahn-Aktien 110, Privatdiskont —.

Buenos-Ayres, 10. Dez. Goldagio 271,00.

Produkten-Kurze.

Köln, 12. Dez. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23,75, do. fremder loco 25,25, p. März 23,50, p. Mai 23,60. Roggen hiesiger loco 24,25, fremder loco 26,25, p. März 24,20, per Mai 24,40. Hafer hiesiger loco 15,50, fremder 18,50. Rübsen loco 66,00, p. Mai 1892 63,80, p. Oktober 63,00. — Wetter: Schön.

Bremen, 12. Dez. (Kurse des Effekten- und Waller-Vereins, 5proz. Nordb. W.-Kammerel- und Kammerl.-Spinnerei-Aktien 123 Gd. 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 101 1/2 Gd.

Bremen, 12. Dez. (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fest. Loco 6,20 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl., loco 41 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., anf. Terminlieferung, Dez. 40 1/2 Pf., Jan. 40 1/2 Pf., Febr. 40 1/2 Pf., März 41 1/2 Pf., April 41 1/2 Pf., Mai 42 Pf., Juni — Pf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 35 Pf., Armour 34 1/2 Pf., Robe und Brother — Pf., Fairbanks 32 Pf.

Wolle. 42 Ballen Cap, — Ballen Natal, 30 Ballen Buenos-Ayres.

Hamburg, 12. Dez. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteiner loco neuer 222—230. — Roggen loco ruhig, mecklenb. loco neuer 220—245, russ. loco ruhig, neuer 192—198. — Hafer ruhig. — Gerste

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (A. Höfel) in Wien.